Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber B. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 110. | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 13. Mai 1919. | Jahrg. 1.

Man beherrscht die Menschen nur, indem man ihnen dient; diese Regel hat keine Ausnahme. Victor Cousin.

Programm des internationalen christlich-sozialen Arbeiterkongresses.

In Luzern (Schweiz) tagte der internationale christlich-soziale Arbeiterkongreß, an dem die christlichen Gewerkschaften Deutschlands durch die Kollegen Brauer, Wieber und Tremmel vertreten waren. Der Kongreß nahm folgendes Programm nach mehrtägigen Verhandlungen an:

Der internationale christlich-soziale Arbeiterkongreß in Luzern erkennt, daß die bisherige Ordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihren Zweck, die Wohlfahrt aller Volksklassen zu begründen, nicht erfüllt hat. In dieser Erkenntnis, feststehend auf dem Urgrund christlicher Lebens- und Weltanschauung, hält der Kongreß eine umfassende Neuordnung innerhalb der Völkergemeinschaft für unbedingt notwendig.

1. Den Versuch, diese Neuordnung durch einen kommunistischen Bolschewismus oder ähnliche Systeme herbeizuführen, bekämpft der Kongreß als eine Gefahr für das Volksleben und die gesamte Kultur. Ebenso lehnt der Kongreß eine materialistisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ab, da diese gleich dem liberalen System keine Erlösung aus der gegenwärtigen Völkernot gewährleistet. Mit derselben Entschiedenheit, mit der er eine einseitige Herrschaft privatkapitalistischer Klassen verwirft, wendet er sich gegen die Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats.

2. Die staatliche Ordnung, begründet auf der unentbehrlichen Ein- und Unterordnung jedes Bürgers unter die gottgewollte Autorität, ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Der Kongreß bekennt sich zum freien Volksstaat, in dem alle Bürger grundsätzlich gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Gleichwohl gehört es zur Aufgabe des Staates, seine besondere Sorge dem Wohl der wirtschaftlich Schwachen zuzuwenden. Die Arbeitskraft muß geschützt und jede entwürdigende Abhängigkeit ausgeschlossen sein. Die Selbsthilfe im Rahmen des allgemeinen Rechtes muß gesichert, die Organisationen der Stände müssen anerkannt und gefördert werden. Die unselbständig Erwerbenden sind in das Wirtschaftsleben organisch einzugliedern durch Pflege von Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, durch Schaffung und Ausbau von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen, Einigungsämtern, Tarif- und Gesamtarbeitsverträgen. Die gesellschaftliche Gleichachtung und Gleichwertung aller arbeitenden Stände ist soziale Pflicht. Ein gesundes Staats- und Gesellschaftsleben hat zur Voraussetzung: die Hebung, Entfaltung und Verwertung der geistigen und moralischen Kräfte aller Volksklassen. Überzeugt von der grundlegenden Bedeutung der Familie für Staat und Gesellschaft, fordert der Kongreß besonderen Schutz der Frau und der Jugendlichen im Erwerbsleben, gesunde Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse, die Schaffung von Einrichtungen zur Förderung des Familienlebens.

3. Der Kongreß anerkennt das Privateigentum. Er erklärt es aber als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, eine Eigentums- und Wirtschaftsordnung zu begründen, die, der Gesamtwohlfahrt dienend, der Ausbeutung und dem Wucher ein Ende setzt. Wie der Kongreß kein schrankenloses und pflichtenloses Eigentum anerkennt, so auch nicht eine ungebundene Privatwirtschaft und völlig freie Unternehmung, die das Gewinnstreben auf Kosten der Allgemeinheit zu ihrem Ziele hat, insbesondere bedarf die Privatwirtschaft, wo sie monopolartigen Charakter angenommen hat, der öffentlichen Kontrolle und Regelung. Privatkapitalistischen Monopolen spricht er die Existenzberechtigung ab. In genossenschaftlichen, in gemischtwirtschaftlichen, gemeindlichen und staatlichen Unternehmungen schätzt er neue Formen des Wirtschaftslebens, die geeignet sind, der Gesamtwohlfahrt zu dienen.

4. Die öffentliche Wohlfahrt ist nicht durch Verfassungseinrichtungen allein und erst recht nicht durch Mittel der Gewalt herzustellen und dauernd zu erhalten. Es bedarf dazu der befruchtenden Kräfte und der innerlichen Stütze durch einen geläuterten sittlichen Willen des Einzelmenschen. Von dieser Überzeugung durchdrungen, weist der Kongreß hin auf die gebieterische Notwendigkeit religiös-sittlicher Erziehungsarbeit im Volksleben und fordert hierzu die Möglichkeit einer freien Auswirkung der religiösen Kräfte in Schule und öffentlichem Leben.

5. Der Kongreß begrüßt mit freudiger Genugtuung das Erstarken der christlichen Berufsverbände und Genossenschaften. Er erwartet von ihnen, daß sie ein Hort der Verteidigung und Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, sowie eine Grundlage für den gesunden Neuaufbau des volkswirtschaftlichen und staatlichen Lebens sein werden. Der Kongreß begrüßt auf das lebhafteste die konfessionellen Standesvereine, die neben der Pflege der Religiosität und des Familienlebens bedeutsame soziale, kulturelle und gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Aus der innigen Gemeinschaft und dem treuen Zusammenwirken aller auf dem Boden dieses Programms stehenden Organisationen und Verbände wird er kraftspendende Strom lebendiger Erneuerung des Volks- und Einzellebens im Geiste wahren Christentums und edler Menschlichkeit ersprießen.

Ferner wurde ein großes sozialpolitisches Programm angenommen; dessen Kernpunkte sind:

Die in den internationalen Vereinbarungen angeschlossenen Staaten sind zu verpflichten, die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen- und Witwen- und Waisenversicherung sowie die Wöchnerinnenhilfe auf möglichst gleichmäßiger Grundlage einzuführen. Die Staaten verpflichten sich, auf Einführung des Achtstundentages für industrielle und gewerbliche Betriebe mit Ausnahme für gewisse Arbeitsgebiete und bestimmte Umstände und für eine Sonntagsruhe von 36 Stunden. Einrichtung von Lohnämtern in allen Staaten mit der Befugnis, für bestimmte Erwerbszweige unter Mitwirkung der beruflichen Organisationen Mindestlöhne festzusetzen. Die Staaten sollen die Gründung von gewerblichen Arbeitsgemeinschaften, von Tarifverträgen und gemeinsamen Schiedsgerichten zwischen Unternehmern und Arbeitern fördern. Gewährleistung voller Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter, auch die ausländischen, durch die Gesetzgebung. Andererseits ist Arbeitsbehinderung durch Terror und Gewalt strafrechtlich zu ahnden.

Die Beschäftigung von Frauen in gesundheitsschädlichen Betrieben und in Bergwerken ist allgemein zu verbieten. Die Frauen sollen gleich entlohnt werden wie die Männer. Für Kinder ist das Mindestalter für den Eintritt in Fabriken das 14. Lebensjahr. Die Beschäftigung Jugendlicher untertags, in gesundheitsschädlichen Betrieben und in Bergwerken ist zu verbieten, ebenso die Verwendung von Jugendlichen unter 18 Jahren zur Nachtarbeit in kontinuierlichen Betrieben. Der Fortbildungsunterricht ist für männliche und weibliche Jugendliche obligatorisch einzuführen. Für die Volksschule und die Fürsorge für die schulentlassenen Jugendlichen wird die Erhaltung des konfessionellen Charakters gefordert.

Volksbildung.

Fortbildungsschubesuch der gewerblich beschäftigten Mädchen. Über die Notwendigkeit, die gewerblich beschäftigten Mädchen in die Fortbildungsschule einzuschulen, sagt Direktor Vins zu Bonn in einer Denkschrift an die Stadtverordneten:

Die Frau hat hervorragenden Anteil an der Arbeit für die Volkswohlfahrt und Volksgesittung. In der Familie ist es weit mehr Aufgabe der Frau, als des Mannes, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu halten. Im kleinen und mittleren Haushalt muß fast drei Viertel des Einkommens von der Frau verausgabt werden. An der Verarmung der Familie trägt deshalb weit öfter die Frau, als der Mann die Schuld. Die Sorge für die Gesundheit liegt im Hause fast nur der Frau ob. Instandhalten der Wohnung, Pflege der Kleidung, Auswahl und Zubereitung der Nahrung, Erhalten der Reinlichkeit und Ordnung, Schaffung von wohligem Behagen am häuslichen Herd, von Erholung und Lebensfreude ist Aufgabe der Mutter! Die Mutter übt, zumal dort, wo der Vater durch Berufspflichten abwesend sein muß, den Haupteinfluß auf die geistige und sittliche Entwicklung der Kinder aus. Die Mutter hat also in finanzieller, hygienischer und sozialer Hinsicht für die Familie die allerhöchste Bedeutung. Eine gute Mutter mit Gemüt und Bildung ist das Glück der Familie, eine schlechte Mutter ist Verderben für Mann und Kind, und viele schlechte Mütter sind Verderben für das Volk; denn des Volkes Leben ist im wesentlichen das Ergebnis der Zustände, die im Familienleben herrschen. Die Familie ist die Keimzelle für Fleiß und Tugend, Gehorsam und Zucht, Anstand und Sitte der jungen Generationen, des geordneten Daseins der Gemeinde und des Staates. Der Riß, der heute tief unser Wirtschaftsleben spaltet, ist nicht zum geringsten Teil mit hervorgerufen durch den Begriff „Bildung". Der sogenannte „Ungelernte" erhebt sich in Unkenntnis und Unverstand gegen alles, was Bildung besitzt, gegen jeden Gebildeten. Gibt es aber jemanden in unserem Volke, der für seinen ureigensten Beruf „ungelernter" ist, als die Arbeiterfrau? Ist jemand hilfloser, als das arme Weib, das als Kind von 13½ bis 14 Jahren aus der Volksschule entlassen wird, bis 20 Jahren auf die Fabrik geht und dann heiratet und Mutter wird? Nicht einmal die Arbeit in der Fabrik, der meist jedes systematisch ausgebildete Können, jedes Denken, jede Selbständigkeit fehlt, gibt geistige Anregung. So steht die Arbeiterin tatsächlich auf der untersten Stufe der „Ungelernten". Wenn ein Ausgleich der Klassen wenigstens dort, wo die Gegensätze an Bildung am schärfsten sind, geschaffen werden soll, so gebe man der werktätigen weiblichen Jugend Weiterförderung, wenn den Männern mehr Stützen, den Kindern bessere Erzieherinnen, dem Staate verständigere Bürgerinnen werden sollen, so erziehe man auch die heranwachsenden arbeitenden Mädchen. Will man das Übel, an dem wir heute so schmerzlich leiden, an der Wurzel fassen und heilen, so tue man auch das eine, man gebe dem deutschen Volke mehr gute Mütter! Die Ausbildung der großen Zahl arbeitender Mädchen für ihren Lebensberuf erfordert dringend allgemeine, planmäßige und gleichmäßige Schulung. Deshalb ist die Einführung der Fortbildungsschulpflicht für alle Mädchen eine unabweisbare Notwendigkeit.

Die Gefangenenfrage.

Sie wird der Gradmesser sein, wo sie wieder bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen im Brennpunkt des Allgemeininteresses steht, einmal der Gradmesser für die Grausamkeit und den Siegestaumel unserer Feinde, andererseits aber auch der Gradmesser für das Vollmaß unserer unsagbaren Niederlage und Ohnmacht. Sie ist in der Tat die Kardinalfrage: Sie wiegt mehr als die Milliardenlasten, die man uns aufbürden will, mehr als die Kolonien, die man uns geraubt hat, mehr als die Provinzen und Städte, die man uns so gut wie unterschlagen will, sie repräsentiert unsere Ehre. Gelingt es uns nicht, die Gefangenen herauszubekommen, dann gelingt uns garnichts. Dann darf keiner unserer Delegierten sich überhaupt noch auf Verhandlungen einlassen, die doch nur dazu führen könnten, womöglich gegen diese selbstverständliche Blutsforderung irgend einen materiellen Vor- oder Nachteil einzutauschen, o nein! Das wäre gleichbedeutend mit einem Geschäft, das wir mit 800 000 unschuldigen, eigenen Menschenleben bezahlten. Und doch müssen unsere Leute bei den Verhandlungen in dem Augenblick einlenken, wo die Fragen „bussineßlike", also als Geschäft erörtert werden. Ein schriftstellerisches J'accuse" oder ein flammendes „Je proteste" nützt da gar nichts. Der bewußte Grausamkeitswillen unserer Feinde kann nur dadurch entwaffnet werden, daß man ihnen kühl klarmacht, ein wie schlechtes Geschäft sie schließen, wenn sie unsere armen Brüder, ihre Gefangenen, zu Frohndiensten weiter behalten. Sie werden in ihnen die erbärmlichsten Frohnarbeiter haben, die man sich denken kann, gebrochen an Seele und Leib. Sie werden ihren eigenen Arbeiterheeren das Brot der besten Gelegenheiten entziehen, vorenthalten. Sie werden überhaupt nie Freude an dem Aufbau ihrer Trümmerstätten haben können, wenn er nicht in freiwilliger selbständiger Arbeit geschehen kann. Sie werden sich dadurch den Keim zum verderblichsten Bolschewismus im eigenen Lande züchten. Das dem Feinde zu sagen, wird zwar die schwerste Aufgabe unserer Diplomatie sein. Es wird eine hypnotisierende, faszinierende Überzeugungskraft

dazu gehören, die nur dann möglich sein wird, wenn sich in unseren eigenen Augen die Frage in ihrer ganzen Tragweite auftut. Und dazu sollte uns das unsagbare Leid der Gefangenen verhelfen. Unser eigenes Gewissen schon sollte uns vor Scham und Bangen die Zunge bewegen, als ob wir mit Engelszungen redeten. Die Scham davor, daß wir unsere gefangenen Brüder damals beim Waffenstillstand haben im Stiche lassen können. Das Bangen, daß uns die Herausgabe zu erlangen nicht gelingen könnte. Wenn man sich nun in Deutschland selbst eine Vorstellung von dem seelischen Zustande der armen Gefangenen machen würde. Denn wehe uns, auch unsere Grausamkeit wird mit einem noch viel stärkerem Maße gemessen werden, wenn wir uns nicht bald auf unsere schmachtenden Brüder besinnen. Ich will gar nicht von den Strapazen, Schmutz, Entbehrungen, Elend, Einsamkeit und Eintönigkeit reden, die sie durchzumachen haben; das wissen sie, daß das eine Gefangenschaft mit sich bringt, aber von der Hoffnungslosigkeit und dem Groll ihrer Gedanken, wenn sie ahnen oder erfahren, daß wir sie aufgeben. Dann werden sie in „schwarze Nacht" versinken und die einzige Freude, wenigstens aus dem Ringen ihrer Zeit „das nackte Leben gerettet" zu wissen, wird eine tote Phrase werden. F. Z.

Seufzer.

Von einem Kriegsgefangenen.

Einen Winkel wünsch' ich mir,
Einsam, abgeschieden
Von der Qual der großen Zeit,
Die mich will ermüden.

Einen Winkel, weltentrückt,
Ganz im Glanz der Sonne! . . .
Nein! — denn auch ihr Gold berückt
Mich mit falscher Wonne.

Einen Winkel, wo ich mich
Selber wiederfinde!
Such ihn, Mutter Erde, mir;
Such ihn deinem Kinde.

Aber immer eingepfercht
Zwischen enge Pfähle,
Mutter Erde, das ist Tod
Einer freien Seele.

Meine Seele, die so frei,
Flog einst in Aeonen,
Muß heut' hier in Tyrannei
König Trübsal frohnen.

Hoffnung, Glaube, Zuversicht:
Gaukler sind sie worden,
Und vom Hohn erhalten sie
Spitz'ge Ehrenorden.

Einen Winkel wünsch' ich mir
Einsam, abgeschieden
Von der Qual der großen Zeit,
Die mich will ermüden.

November 1918. F. Z.

Zur Friedensfrage.

Die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens in entscheidenden Punkten verlassen.

Nach einer genauen Durchsicht und Prüfung der Friedensbedingungen geht die Auffassung sämtlicher Mitglieder der deutschen Friedensdelegation dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, hat nach längerem Gedankenaustausch mit der Reichsregierung, die am Freitag unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem preußischen Kabinett zusammengetreten war, folgende Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die **vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen** ist: sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird. Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

(gezeichnet) Brockdorff-Rantzau.

Die Alliierten rechnen bereits, wie die französische Havas-Agentur meldet, mit detaillierten deutschen Vorschlägen und einem völligen Gegenprojekt. Wahrscheinlich werden sie kompetenten Kommissionen die Aufgabe anvertrauen, die Vorschläge finanzieller, wirtschaftlicher usw. Natur zu prüfen. Die Prüfung wird mindestens acht Tage erfordern. Hierauf werden die Alliierten den Deutschen die Modifikationen bekanntgeben, welche, wenn solches geschieht, am ursprünglichen Vertragsentwurf angebracht werden. Hierauf wird den Deutschen eine ziemlich kurze Frist, voraussichtlich vier bis fünf Tage, zugestanden, um ihre endgültige Zustimmung zum Gesamtfriedensvertrag zu geben. Man muß also damit rechnen, daß 25 bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des Friedens vergehen werden.

Wenn Deutschland nicht unterschreibt.

In der Umgebung der englischen und amerikanischen Friedensbevollmächtigten erklärte man, daß im Falle der Weigerung Deutschlands, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, die längst vorbereiteten militärischen Maßnahmen unverzüglich durchgeführt würden. Wenn die Deutschen unterzeichnen, aber ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, so würde man auf dem Punkt stehenbleiben, auf dem man sich befindet. — Die feindliche Presse spricht bereits von einem Auswanderungsverbot gegen deutsche Staatsangehörige, damit sich niemand in Deutschland den Verpflichtungen gegen den Verband entziehen könne.

Die Besprechung zwischen Regierung und den Parteiführern.

Die Parteiführer wurden noch nicht von dem Ministerpräsidenten Scheidemann empfangen, auch haben sie bis jetzt eine Einladung noch nicht erhalten. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß diese Besprechungen erst Montag früh, also kurz vor Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, stattfindet. Die Fraktionen der Nationalversammlung traten am Sonnabend zu Sitzungen zusammen, um endgültig zu den Friedensvorschlägen des Vielverbandes Stellung zu nehmen. Auch die Fraktionen der Mehrheitssozialdemokraten, der deutschen Demokraten und des Zentrums der Preußischen Landesversammlung nahmen noch einmal Stellung zu den Bedingungen unserer Feinde.

Die deutsche Antwort auf den Völkerbundsentwurf.

Gleichzeitig mit obenstehender Note hat Graf Brockdorff-Rantzau eine zweite Note an Clemenceau gerichtet, in der die deutsche Delegation ihre Stellung zu dem Völkerbundsentwurf der Entente darlegt. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich, zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

(gezeichnet) Brockdorff-Rantzau.

Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der seinerzeit in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundvertrages. — Die Entente hat in ihrem Entwurfe den Völkerbund zu einer einseitigen Interessengemeinschaft der Alliierten gestaltet.

Der erste Abschnitt des feindlichen Vertragsentwurfes umfaßt die Normen über den Völkerbund entsprechend dem Tarifstatut vom 14. Februar und dessen späteren geringfügigen Abänderungen. Für Deutschland ist nur folgendes wichtig: Das Statut sieht zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes vor, die ihm von Anfang an zugehören sollen. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind von selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt Neutrale aus dem gegenwärtigen Kriege, namentlich die Nordstaaten, Holland und die Schweiz. Diese Staaten sind eingeladen, sich binnen zwei Monaten durch vorbehaltlose Erklärung dem Völkerbund anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das Deutsche Reich einstweilen in die Organisation nicht einbegriffen werden soll.

Der Entrüstungssturm im Reiche.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim Reichsministerpräsidenten zahllose Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die den entschiedensten Protest gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen

---

Gesetz und Ziel der Menschheitsgeschichte.

Von Pastor D. Jaeger, Bethel.

III.

Als Friedrich der Weise die Kaiserwahl ablehnte, da nimmt Karl der V. sie an. Anstelle der deutschen nimmt die spanische Nation die Führung mit dem ausgesprochenen Willen, die Weltherrschaft an sich zu bringen. Heutzutage schlagen wir die Macht dieser Idee viel zu gering an. Was sie bedeutet hat, zeigt uns ein Blick auf Portugal und Spanien. Portugal, der Vorläufer Spaniens, hat der ganzen Küste von Afrika bis heute seinen Stempel aufgedrückt. Nicht nur in Brasilien, sondern auch in Asien sprechen Millionen portugiesisch. Der Aufbau des spanischen Imperiums aber wirkt heute noch in ganz Süd- und Mittelamerika bis in die Vereinigten Staaten hinein nach und in seinen amerikanischen Tochternationen steht dem spanischen Volk wahrscheinlich die größte Zukunft noch bevor. — Nicht lange hat Spanien diese führende Stellung in der Weltgeschichte behaupten können. Bald wurde sie ihm von der ehemaligen Nachbarprovinz wieder entrissen, von Frankreich. Auch Frankreich hat mit vollem Bewußtsein diese Bahn eingeschlagen. Der Höhepunkt seiner Entwicklung ist nicht etwa, wie wir zu denken geneigt sind, die napoleonische Zeit, sondern das mit Recht so hochgepriesene Zeitalter Ludwigs des XIV. Auch er griff nach der Kaiserkrone. Frankreich beherrschte damals den wichtigsten Teil von Nordamerika, das Stromgebiet des Mississippi und Lorenzo und war auf dem Weg zur Herrschaft über Indien. Das Mittelmeer war fast ein französischer See, und die spanische Erbschaft hätten den Sonnenkönig zum alleinigen Gebieter in ganz Amerika, Afrika und Südasien gemacht. Es ist nur eine Nachblüte dieser Bestrebungen, was unter Napoleon zustande kam. Nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation hat er mit vollkommenem Bewußtsein das alte Imperium erneuert. Grade darum hat sein Name noch heute in Frankreich eine zauberhafte Wirkung. Sie sehen daraus, daß diese Tendenzen doch nicht erstorben sind, wenn auch die Kraft geschwunden ist. — Wieder war es eine andere ehemalige Provinz des römischen Reiches, die in hundertjährigen Kämpfen das Szepter an sich zu reißen suchte. Es war Britannien. Durch die Seeschlacht von Trafalgar war das englische Imperium aufgerichtet in Amerika, Südafrika, Asien und auch schon in Australien. Mit weltweitem Blick und zäher Energie ist es dann zu seiner jetzigen Größe ausgebaut. Imperialismus nennt sich darum heute die Richtung, welche das Mutterland mit den selbständigen Kolonien und den unterworfenen Ländern zu einem die ganze Erde umspannenden Weltreich zusammenschließen will. Ein englischer Staatsmann hat vor nicht langer Zeit die englische Politik verglichen mit der Boa Constrictor, die langsam ein Opfer nach dem anderen umringelt, erdrosselt und verschlingt. Er hat seine und seiner Landsleute Hoffnungen zusammengefaßt in den höchst charakteristischen Satz: „Die Welt wird rasend schnell britisch." In seinem einen Tochterstaate ist diesem Reich der stärkste Nebenbuhler entstanden. Der imperialistische Gedanke ist mit großer Kraft und Leidenschaft in Amerika aufgenommen worden. Der Trieb dazu liegt weit zurück in der amerikanischen Union. Zunächst freilich war ihre ganze Kraft beschäftigt mit der Eroberung und Besiedelung des eigenen Kontinents; in dem Augenblick aber, wo sie das Ufer des Großen Ozeans erreichte, wurde das Banner der Weltherrschaft von ihr entfaltet.

Man sieht, wie das römische Imperium und sein Weltmachtsgedanke bis heute nachgewirkt hat in seinem ganzen westlichen Teil. Es war daher ein Akt höchster Selbstbescheidung, als unser alter Kaiser Wilhelm und sein eiserner Kanzler erklärten: Sie dächten nicht an die Wiederaufrichtung des heiligen römischen Reiches, sondern nur an die Schaffung eines deutschen Nationalstaates. Seitdem aber sind auch weitergehende Gedanken laut geworden, z. B.: „Der Dreizack gehört in unsere Faust", und die Alldeutschen sprechen nur das aus, was Millionen denken und wünschen und was in einem Buche weithin verbreitet wurde: „Deutschland als Weltmacht."

Der große weltgeschichtliche Strom, der durch Rom hindurchgeht, hatte aber noch einen zweiten Arm. Als die legitimen Erben Roms haben sich immer die byzantinischen Kaiser betrachtet. Der römische Kaiser deutscher Nation mußte es sich zur Ehre rechnen, wenn er eine byzantinische Prinzessin erhielt. Erst viel später hat sich dies Verhältnis geändert. Bis zum Untergang des Reiches blieb der Anspruch bestehen, daß Byzanz die Nachfolgerin Roms sei, und deshalb führt es auch heutzutage noch im ganzen Orient bis zu den Sunda-Inseln den Namen „Rom". Der Padischah heißt in Sumatra der „Kaiser von Rom".

Beim Zusammenbruch des byzantinischen Reiches ging sein Anspruch über auf zwei Erben, die bis heute sich das Recht der Nachfolge mit aller Gewalt streitig machen. Der eine davon ist der Sultan von Konstantinopel, der andere der Zar von Moskau. Schon bei der Bekehrung der Russen und nachher beim Zusammenbruch des byzantinischen Reiches wurde der Zar durch die Heirat mit einer byzantinischen Prinzessin der eigentliche Erbe. Tief hat sich der Weltherrschaftsgedanke in die Seele der russischen Nation eingewurzelt. Rußland will keineswegs bloß ein Nationalstaat sein. Die ganze Geschichte des russischen Reiches hat diese aufs deutlichste bewiesen, und hier liegen noch Keime weittragender Zukunftsentwicklungen. Der römische Imperator war Pontifex Maximus. Diesen Charakter hat er auf den byzantinischen Kaiser und der wieder auf seinen russischen Nachfolger vererbt. Darum reden wir heute vom russischen Cäsaropapismus.

Diese mächtigen Strebungen des Willens zur Macht umfassen aber noch nicht das Ganze. Babylon hat noch zwei andere Absenker gehabt; den einen im Tal des Nils, den anderen in dem des Hoangho. Neuere Geschichten von Afrika haben es deutlich gezeigt, welch einen ungeheuerlichen Einfluß Ägypten jahrtausendelang auf den Kontinent von Afrika geübt hat. — Auf der anderen Seite ist es immer klarer geworden, und sowohl von westlichen als von östlichen Gelehrten über jeden Zweifel erhoben, daß auch die chinesische Kultur babylonischen Ursprungs ist. Der Anspruch der Weltherrschaft und der Göttlichkeit der Herrscher hat sich auch hier vererbt. Die Geschichte des Altertums ist nicht nur eine Geschichte des Mittelmeerbeckens, wie sie uns so leicht erscheint, sondern auch eine Geschichte der gewaltigen Staatenbildungen in Süd- und Ost- und Nordasien. Auf den Grundlagen des Konfucius war durch Schihoangti und die Han-Dynastie bis z. Z. Christi ein östliches Weltreich aufgebaut, so groß und stark wie das im Westen. Zur Zeit Domitians standen beide unmittelbar vor dem Zusammenstoß. Dieses chinesische Imperium war sogar politisch und militärisch fester fundamentiert als das römische. Ja, es hat den Sturz des römischen Reiches herbeigeführt. Der Sieg der Chinesen über die Hunnen entfesselte den Sturm, der das stolze Gebäude des Imperium Romanum hinwegfegte. Seitdem ist Welle über Welle von da aus gegangen, die hunnische, die mongolische, die osmanische. Auf der höchsten Höhe militärischer Tüchtigkeit standen die Mongolen und nicht die Westländer. Das hat Freiherr v. d. Goltz uns sehr belehrend und beschämend gezeigt. Es war eine bisher nicht wieder erreichte Leistung, als die Heere Dschingis Khans nach einheitlichem Plan gleichzeitig in Schlesien, am Ganges und in Korea kämpften. Dschingis Khan ließ sich göttlich verehren und forderte von den Völkern Unterwerfung unter sich als den Gesandten des Himmels.

enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den nun vorliegenden Bedingungen irgendwie entspräche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerstande, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verhallen, der Reichsregierung sind sie eine willkommene Stärkung für ihre mit allen Kräften geförderten Bemühungen, vom Gewaltfrieden bis zum Verhandlungsfrieden zu gelangen. — An sämtliche Bundesstaaten ist der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen, um Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufgezwungen werden solle. — Soweit Stimmen aus Baden und Württemberg vorliegen, weisen sie die Friedensbedingungen einmütig und entrüstet zurück. — Bei einer Fortsetzung der Verhandlungen in Paris fordert die Provinz Ostpreußen unter allen Umständen die Beteiligung von Vertretern Ostpreußens als eines der am schwersten bedrohten Teile des Reiches. Schlesien und Westpreußen protestieren stürmisch gegen eine Unterzeichnung des feindlichen Friedensvertrages, der Millionen Deutscher den Polen ausliefern würde.

Der Magistrat von Berlin hat Hand in Hand mit den deutschen Städten und im Namen einer werktätigen Bevölkerung von Millionen, die oft genug bekundet hat, wie sehr sie den Wunsch hegt, in Gemeinarbeit mit den anderen Nationen die Werke der Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung seine tiefe Erschütterung über das Friedensangebot zum Ausdruck gebracht.

Die Kabinettsratssitzungen in Berlin.

Das Reichsministerium trat am Sonnabend abermals zu einer Sitzung zusammen. Auch in dieser Sitzung führte Reichspräsident Ebert den Vorsitz. Gegenstand der Beratung sind fortgesetzt die Gegenvorschläge der deutschen Delegation an die Entente. Diese Gegenvorschläge werden gemeinsam in Berlin und Versailles ausgearbeitet: zwischen der Delegation und der Reichsregierung findet ein unausgesetzter funkentelegraphischer Meinungsaustausch über Art und Inhalt der Vorschläge statt. —

An die Sozialisten aller Länder!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht im „Vorwärts" eine Kundgebung, die die Proletarier aller Länder aufruft, ihre Kraft zu vereinigen, um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der die sozialistische Bewegung in allen Ländern auf das schwerste schädigen würde. Die sozialistische „Humanite" erklärt, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfriede, nicht ein Völkerfriede, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und wurde von drei Autokraten beendet. Nur eine internationale Organisierung der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Die Stimmung in Paris.

Durch Paris bewegte sich am Freitag ein Zug von vielen Hunderttausend Arbeitern, die dem am 1. Mai erschossenen Charles Lorne ein ungeheures Grabgeleite gaben, „dem Opfer der Politik Clemenceaus", wie Marcel Cachin in einem flammenden Leitartikel der „Humanite" sagt. „Wir werden nicht vergessen und wir können nicht vergessen!" Der „Populaire" enthält drei äußerst scharfe Artikel gegen den Friedensentwurf. Im ersten Artikel erklärt Longuet, der Entwurf sei die Verneinung eines gerechten Dauerfriedens. Es sei ein Gewaltfriede, für deren möglichst baldige Beseitigung sich das Proletariat Europas unfehlbar einsetzen werde.

Ankunft der österreichischen Quartiermacher.

Die Quartiermacher der österreichischen und der ungarischen Friedensdelegation trafen am Sonntag in St. Germain ein. Oesterreich und Ungarn werden getrennt untergebracht, so daß sie keinerlei Verkehr miteinander haben können. Nach einer Meldung des Pariser „Journal" erwarten die deutschen Delegierten, bei der Konferenz zwischen den Alliierten und Oesterreich gegenwärtig zu sein. — Die türkischen Friedensdelegierten werden am Montag in Paris erwartet.

China protestiert gegen die Regelung der Schantungfrage.

China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte in China zugesteht, nicht zu unterschreiben.

Beratungen des Viererrats in Paris.

Der Rat der Vier, der durch die Rückkehr Orlandos wieder vollständig ist, hat am Donnerstag nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der der Status des alten Oesterreich verhandelt wurde. Ebenso wurde über die zukünftigen Grenzen Oesterreichs, Ungarns sowie der neuen Staaten und über die Frage der Adriaküste beraten. Die Außenminister der fünf Großmächte haben die Rapporte der verschiedenen Ausschüsse untersucht und genehmigt, worin die Grenzen festgestellt wurden von Ungarn, Tschecho-Slowakien, Serbien, Rumänien und Polen.

*

Ein zweiter polnischer Ausgang zum Meer.

Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, stand die Reichsregierung bei der Durchsicht der Friedensbedingungen hier zunächst auf dem Standpunkte, daß die Abtretung des nördlichen Teiles von Ostpreußen an die Entente so aufzufassen wäre, als ob dieses Gebiet von der Entente für den künftigen litauischen Staat beansprucht werde. Diese Auffassung bestätigt sich nicht. Nach neuesten Berichten aus Kowno ist die vor einiger Zeit von der Presse veröffentlichte Nachricht, daß das gesamte litauische Gebiet mit Kowno an Polen fallen soll, zutreffend. Ein souveräner litauischer Staat soll in dem Programm der Entente überhaupt nicht vorgesehen sein. Es liegt nahe, daran zu glauben, daß bei der gegenwärtigen Lage auch das Gebiet nördlich der Memel an Polen fallen soll, und daß hier Polen unter englischer Seekontrolle einen weiteren Ausgang zum Meer erhält. Auch daraus geht schon hervor, daß die geforderte Abtretung des Gebiets nördlich der Memel eine brutale Annexion darstellt, die mit Nationalitätenfragen und Selbstbestimmungsrecht nicht das Geringste zu tun hat.

Abreise Landsbergs und Giesberts.

Eine Antwort auf die deutschen Noten war am Sonnabend mittag noch nicht eingetroffen. Man erwartet nicht, daß der Ton dieser Antwort sehr entgegenkommend sein wird, ja, man ist sogar auf eine glatte Ablehnung gefaßt. Die Reichsminister Landsberg und Giesberts reisen am Montag mit einem Teile der Delegation ab. — Als Kolonialsachverständige wurden von der Reichsregierung der Hamburger Senator Strandes und der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Neu-Guinea Haber nach Versailles berufen.

Die Friedensbedingungen vor der Nationalversammlung.

Die Tagesordnung für die 40. Sitzung der verfassunggebenden Nationalversammlung, die am Montag, 12. Mai, in Berlin in der Aula der Universität am Kaiser Franz-Joseph-Platz stattfindet, enthält nur einen Punkt: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Keine Verhandlungen über die Grenzen!

Ueber die wirtschaftlichen Fragen werden, wie die „Times" melden, die Alliierten mit Deutschland in schriftliche Verhandlungen eingehen, nicht aber wegen Festsetzung der Grenzen. Die Verpflichtungen bezüglich der letzteren liegen fest und sind nicht mehr zu ändern. — Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte, er glaube nicht, daß die Alliierten von ihren nach reiflicher Erwägung gefaßten Beschlüssen wesentliche Abweichungen zugestehen würden.

Die türkische Regierung räumt Konstantinopel.

In Erwartung des Verlustes Konstantinopels durch den Friedensschluß hat die Uebersiedelung der türkischen Regierung nach Brussa in Klein-Asien begonnen.

Die feindliche Presse.

Das Triumphgeschrei der französischen Presse.

Die französische nationalistische Presse ist mit den maßlosen Bedingungen des Friedensvertrages noch immer nicht restlos zufrieden gestellt. So fordert das „Echo de Paris", daß das Saargebiet für immer und bedingungslos Frankreich einverleibt werde. Ferner bemängelt das Blatt die zu kurze Dauer der militärischen Besetzung des linken Rheinufers. Nur eine längere Besetzung könne die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands garantieren. Das Leibblatt der nationalistischen Royalisten „Action francaise" schreibt: Der Friede sei hinsichtlich der politischen Ausführungsmittel ungenügend und deshalb gefährlich. Dem deutschen Volke dürfe kein Hoffnungsstrahl gelassen werden. Das Pariser Hetzblatt, der „Matin", vergleicht unsere Delegierten und ihre äußere Erscheinung mit der Pariser Apachen-Bande Bonnot-Garnier, die 1913 geköpft wurden. Aus dem lauten Konzert der Pariser Pressestimmen tönt unverhüllte Bosheit und billiger Spott heraus über den Eindruck, den die Veröffentlichung der Bedingungen in Deutschland gemacht hat. Die sozialistischen Blätter protestieren heftig gegen die Friedensbedingungen, die die „Humanite" einen „Frieden der Gewalt, des gefräßigen Imperialismus und der Ungerechtigkeit" nennt. Die Klausel über das Saargebiet sei die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Ebenso schlimm sei die Wegnahme der deutschen Kolonien. Der „Populaire", das Organ der Minderheit der sozialdemokratischen Partei, weist darauf hin, daß den Deutschen eine vierzehntägige Frist zugestanden wird, um den Friedensvertrag zu lesen und zu studieren und darüber zu beraten. Er meint, Frist und Studium seien durchaus unnötig. Sie bedeuteten lediglich eine neue Heuchelei der französischen Imperialisten, da Deutschland sich wohl oder übel beugen müßte, Bedingungen zu unterschreiben, zu deren Achtung es sich unmöglich würde entschließen können.

Die amerikanische Presse erklärt einstimmig, daß der Friedensvertrag Deutschland absolut machtlos gemacht und ihm den verdienten Lohn gegeben habe. Obwohl die Bedingungen als sehr streng angesehen werden, habe in Washingtoner Regierungskreisen nie die Absicht bestanden, sie zu mildern, da sie nicht über die geziemende Strafe hinausgehen. Außerdem sei man der Ansicht, daß die Deutschen trotz alledem unterschreiben werden. „Newyork World" schreibt: Dies ist der drastischste und strengste Friede, der je einem Staat auferlegt wurde. Im Zusammenhang mit dem Völkerbund macht das Abkommen dem Imperialismus, der der Welt soviel Blut und Geld gekostet hat, auf immer ein Ende.

Das in Bromberg erscheinende polnische Blatt „Dziennik Bydgoski" bespricht die Friedensbedingungen in einem „Auf die Knie" überschriebenen Artikel, in dem es u. a. heißt: Vielleicht sind nicht alle unsere Hoffnungen und Träume erfüllt worden, aber das, was uns die Entente gibt, ist doch gewaltig, so daß wir der göttlichen Vorsehung als der Lenkerin unserer Geschicke nur danken können.

Scharfe Kritik der englischen Liberalen.

„Daily News" geben einige Stimmen führender Männer über den Friedensvertrag wieder. Professor Gilbert Murray sagt: Der Vertrag enthält einen Stachel gegen den Frieden und ist eine Herausforderung zu einem Krieg. Bernhard Shaw sagt ironisch: Die Friedensbedingungen machen die Welt sicher für die Demokratie in Deutschland und schrecklich unsicher für sie überall sonst. Wir haben Deutschland seiner ganzen imperialistischen Würde enthoben und sie auf die eigenen Schultern genommen. Der Arbeiterführer Clynes sagt: Die Zerstückelung deutschen Gebietes mit Ausnahme Elsaß-Lothringens wird für unsere Zukunft eine Gefahr bleiben, es sei denn, daß mittels des Völkerbundes eine neue Regelung getroffen wird. Der Arbeiterführer Snowdon erklärte: Der Vertrag muß Räuber, Imperialisten und Militaristen befriedigen.

Bekanntgabe des Friedensvorschlages von 1916.

Deutschland maßvoll als Sieger.

Die beste Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsschuld zu ziehen, bietet die Gegenüberstellung der Friedensbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Je mehr einer fordert, wenn das Glück des Krieges sich zu seinen Gunsten entscheidet, umsomehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen angefangen hat.

Es ist der deutschen Regierung häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt keine Kriegsziele verkündet. Dies ist nicht geschehen, weil die deutsche Regierung erwarten mußte, die Bekanntgabe ihrer maßvollen Ziele werden ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 formulierte Bedingungen nicht angegeben. Indessen haben damals solche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen (an einen Diktatfrieden war dabei nicht gedacht) waren folgende:

Zurückerstattung des von Frankreich besetzten Teiles von Ober-Elsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen der Verbündeten Deutschlands bewegten sich in gleichmäßigen Grenzen.

Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten.

Nun möge das deutsche Volk und die Welt ermessen, auf welcher Seite Billigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu suchen sind.

Deutsches Reich.

:: **Die Entente verbietet Deutschland den Verkauf von Flugzeugen.** Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus dem Bericht aus Spaa u. a.: General Nudant erklärte im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß jeder Verkauf von deutschen Flugzeugen an das Ausland verboten sei, und verlangte die sofortige Mitteilung von Maßnahmen der deutschen Regierung zur Einstellung dieses verbotenen Handels. — Im Auftrage des Marschalls Foch teilte Nudant ferner mit, daß die Einrichtung direkter Züge zwischen Frankfurt und Darmstadt versuchsweise genehmigt worden sei. Die Züge sollen auf den Zwischenstationen des besetzten Gebietes nicht halten.

:: **Haase für Unterschreiben unter Protest.** Der Führer der Unabhängigen hatte nach einer Meldung einer Berliner Mittagszeitung eine Unterredung mit dem bekannten englischen Publizisten Brailsford, in deren Verlauf er auseinandersetzte, warum Deutschland unterzeichnen müsse, wenn die Bedingungen auch noch so hart wären. Passiver Widerstand, der allein möglich sei, könnte das heutige Elend nur verschärfen. Die hungernden Arbeiter würden, wenn sie die Situation begreifen, jede Regierung stürzen, die für das Aufhören der fremden Lebensmittelzufuhren verantwortlich wäre. Wie alle seine Parteigenossen, erwarte er in absehbarer Zeit eine Revision. Wir werden, so erklärte Haase, unter Protest unterzeichnen mit der Absicht, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter der alliierten Länder zu appellieren.

:: **Ein tschechischer Geschäftsträger in Berlin.** Im Auftrage der tschecho-slowakischen Republik traf vor einigen Tagen eine Persönlichkeit aus Prag hier ein, um die Handelsbeziehungen zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Republik in die Wege zu leiten. Der Geschäftsträger soll vor allem auch die Möglichkeit herbeiführen, den Reiseverkehr zwischen Deutschland und den einzelnen Städten Böhmens, insbesondere Karlsbad, Marienbad und Franzensbad wieder in Gang zu bringen.

*

— Die preußische Landesversammlung tritt am Dienstag, 13. Mai, wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen.

** **Schwere Unruhen in Graudenz.** In Graudenz kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den seit einigen Tagen in Graudenz befindlichen ostpreußischen Grenzschutztruppen und Matrosen, wobei zwei Offiziere und neun Mann getötet und vierzig verwundet wurden.

** **Plünderungen in Stendal.** Im Laufe der Freitag Nacht stürmte eine zahlreiche Menschenmenge das Ersatzmagazin, wobei es zu Kämpfen zwischen den Plünderern und den Regierungstruppen kam. Im Verlauf der Kämpfe wurden ein Mann und eine Frau getötet und neun Personen, darunter ein Polizeiwachtmeister, schwer verwundet. Später wurden in mehreren Geschäftshäusern die Schaufenster zerschlagen und

die Läden ausgeraubt. Der Belagerungszustand ist über Stendal verhängt worden. — Im Verlauf ernster Lebensmittelunruhen wurden in Eisenach der Bezirksdirektor Hausmann, Oberbürgermeister Schmieder und Kaufmann Sievers von demonstrierenden Arbeitern festgenommen, mißhandelt und gezwungen, rote Fahnen zu tragen und nach dem Karlsplatz zu marschieren. Man befürchtet Häuserdurchsuchungen nach Lebensmitteln. Die Demonstranten drangen in das Justizgebäude, befreiten Gefangene und warfen Aktenstöße heraus und verbrannten sie in zwei großen Haufen.

— **Weitere Lebensmittel in Hamburg eingetroffen.** In den letzten Tagen sind die beiden amerikanischen Dampfer „San Sebastian" und „St. Christoval" mit zusammen 12 000 Tonnen Speiseöl gemeldet worden. Eingetroffen ist der norwegische Dampfer „August" mit 7500 Tonnen Lebensmittel und der dänische Dampfer „Mangena" von Amerika mit einer Weizenladung. Erwartet werden noch drei andere amerikanische Lebensmitteldampfer. — Am Liegeplatze der englischen Kriegsschiffe haben die Engländer am Donnerstag, an dem die Friedensbedingungen bekannt wurden, ihre Sicherheitsvorkehrungen erheblich vermehrt, z. B. schon am frühen Morgen Maschienengewehre aufgestellt.

Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Die deutsch-österreichischen Friedensdelegierten.

Der deutsch-österreichischen Friedensdelegation wird außer den bereits bekannten Persönlichkeiten für Kriegsgefangenen der Afrikaforscher Rudolf Slatin angehören, der als Gouverneur des Sudan in englischen Diensten gestanden hat und durch sein Buch: „Feuer und Schwert im Sudan" bekannt ist; ferner der Grazer Geologe Prof. Sieger als geographischer und Bankdirektor Landsberger als finanzieller Sachverständiger. Der deutsch-österreichischen Delegation gehört auch ein Vertreter der deutschen Komitate Westungarns an.

Italien: Fortdauer des Konfliktes mit Wilson.

Die Adriafrage ist immer noch in der Schwebe. Der Rat der Vier hat diese Beratungen wieder aufgenommen. Der Fall ist sehr heikel. Orlando und Sonnino sind nach Paris zurückgekommen unter dem Eindruck, daß die Frage von Fiume durch ein Kompromiß geregelt werde, das Italien den Besitz Fiumes nach einer Frist sichere, während deren die Stadt von der Gesellschaft der Nationen verwaltet werde. Wilson hat dieses Kompromiß nicht angenommen.

Afghanistan: Ein unabhängiges Afghanistan.

Der „Times" zufolge haben afghanische Truppen die Stellungen an der indischen Grenze, durch die die Bergstraßen von Kyber beherrscht werden, besetzt. Man weiß nicht, ob der neue Emir über diese Grenzverletzung unterrichtet ist, jedoch ist seine Proklamation, worin er die Unabhängigkeit Afghanistans verlangt, und die Zurückschickung der drei in seinem Dienst stehenden Engländer bedeutungsvoll.

— Die gesamte norwegische Presse mit einer einzigen Ausnahme verurteilt den Versailler Entwurf als einen reinen Gewaltfrieden.

— Die Belgrader Regierung hat in Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutsch-Oesterreich eingewilligt und Delegierte nach Klagenfurt entsandt.

— Die Entente beabsichtigt augenblicklich nicht, Budapest zu besetzen.

— Die französische Kammer wird die Prüfung des Friedensvertrages dem Ausschuß für Aeußeres übertragen.

— Der Präsident der brasilianischen Republik traf in Brüssel zum Besuch des Königs der Belgier ein.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, den 13. Mai 1919.

Erhöhung der Brotration. Für den Stadt- und Landkreis Bielefeld wird die Brotration mit Beginn der nächsten Brotbuchperiode, 11. d. M., von 2100 auf 2400 Gramm für den Kopf und die Woche erhöht. Die volle Tageseinheit beträgt demnach für Mehl 260 Gramm und für Brot 345 Gramm. Der Preis für das 4 4/5 Pfund-Graubrot ist auf 1,35 ℳ festgesetzt. Diese Festsetzung bedeutet eine geringe Erhöhung des Brotpreises, die mit Rücksicht auf die in den letzten Monaten eingetretene Steigerung der Löhne und sonstigen Unkosten nicht zu umgehen war. Im übrigen sind die neuen Preise den veränderten Verkaufsgewichten angepaßt. Hervorzuheben ist noch, daß künftig als Ersatz für abhanden gekommene Brotbücher nur noch halbe Bücher verabfolgt werden, es sei denn, daß der Verlust zweifelsfrei nachgewiesen ist. — Wegen der geringen Zuteilung von Weizenauszugmehl muß die Herstellung von Krankenbrot für kurze Zeit unterbleiben.

— **Postkreditbriefe.** Zur Reisezeit wird auf die Einrichtung der Postkreditbriefe aufmerksam gemacht, die unterwegs den Zahlungsverkehr wesentlich erleichtern und dem Besitzer ermöglichen, seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise zu ergänzen. Die Bestellung eines Postkreditbriefes kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll, — Höchstbetrag 3000 ℳ — bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs erfolgen. Postscheckkunden können den Betrag auf ein für sie anzulegendes Postkreditbrief-Konto überweisen lassen. Abhebungen — bis zu 1000 ℳ an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweiskarte vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlkartengebühr sind 50 Pfg. für die Ausfertigung und 10 Pfg. für jede Rückzahlung bis zu 100 ℳ, 5 Pfg. mehr für je 100 ℳ bei höheren Beträgen zu entrichten.

— **Die Anbau- und Ernteflächenerhebung** findet im Stadtkreis Bielefeld bis 31. d. Mts. statt. Sie erstreckt sich nur auf den feldmäßigen Anbau. Die Eigentümer und Bewirtschafter der Grundstücke im Stadtbezirk erhalten in diesen Tagen einen Fragebogen, der sorgfältig ausgefüllt und umgehend an den Magistrat zurückgegeben werden muß. Wer Grundflächen feldmäßig bewirtschaftet, aber keinen Fragebogen erhalten hat, muß sich einen solchen im Rathaus, Zimmer 43, abholen.

— **Unterricht im Schnittzeichnen.** Zuschneiden von Damengarderobe usw. wird angeblich von einer Firma „Erste Wiener Damenmoden-, Schnittzeichnen- und Zuschneide-Ateliers in Chemnitz (Inh. Anna Schleusing)" denjenigen versprochen, die zum Preise von 45 ℳ nebst 20 Proz. Teuerungszuschlag von der Firma ein Werk kaufen, dessen tatsächlicher Wert höchstens 5 ℳ beträgt. Der Unterricht wird in Lehrkursen erteilt, die in verschiedenen Städten in Sälen abgehalten werden sollen. Da von verschiedenen Seiten der Nutzen der von der Firma eingerichteten Unterrichtskurse als gering bezeichnet und demgemäß die Abhaltung solcher Kurse im Regierungsbezirk Liegnitz verboten worden sind, wird geraten, die Tätigkeit der Firma im Auge zu behalten und etwaige Wahrnehmungen über sie dem sächsischen Wirtschaftsministerium in Dresden oder der Gemeinnützigen Rechtsauskunftstelle in Minden, Marienwallstraße 10, mitzuteilen.

— **Gemeinnützige Rechtsauskunft.** Die nächsten Sprechstunden finden statt: in Minden, Marienwallstraße 10, Dienstag und Donnerstag von 3—6 Uhr; in Vierde, Wirtschaft Kaiser, Montag von 4—5 Uhr; in Kl. Bremen, Wirtschaft „Zur schönen Aussicht", Mittwoch von 12—2 Uhr; in Stadthagen, ehem. Universität, Mittwoch von 4—7 Uhr; in Rehme, Wirtschaft Uhe, Donnerstag von 11—1 Uhr; in Hausberge, Wirtschaft Kindermann, Donnerstag von 7—9 Uhr; in Blotho, Wirtschaft Spilker, Sonnabend von 2—3 Uhr. — Die Auskunft erfolgt an Unbemittelte kostenlos. Schriftstücke sind mitzubringen.

Große Kundgebung an der Porta.

Eine von 8000 bis 10 000 Männern und Frauen besuchte, sehr eindrucksvolle christlich-nationale Veranstaltung auf der Höhe des Wittekindsberges am letzten Sonntag nahm Stellung zu den großen nationalen Tagesfragen. Abgeordneter Koch-Oeynhausen sprach von der Not des Vaterlandes, Pfarrer Wolf-Bergkirchen von der Not der christlichen Mission, die wie Deutschland vergewaltigt werden soll. In der Hauptsache brachte Marinekorpspfarrer Koehne-Flensburg in Form dringender Forderungen zum Ausdruck, was gegenwärtig alle deutschen Herzen bewegt: Sofortige Freigabe der Gefangenen ohne Austausch für Arbeiter, die doch nur wieder Gefangene der Franzosen sein würden; Rückgabe der deutschen Kolonien, keinerlei Preisgabe deutschen Bodens, gleichberechtigten Eintritts in den Völkerbund, also Freiheit der Meere, Ablehnung eines Knechtschaftsfriedens auf Jahrzehnte hinaus! Von unserm Volk selbst verlangen wir Mehr Würde und Ernst! Mehr Gerechtigkeit gegen den Kaiser! Ein Ablassen von den inneren Kämpfen um einseitiger Standesvorteile mit gefährlichen Waffen in dieser Notzeit des Vaterlandes! Das deutsche Volksbewußtsein muß erwachen. Am Schluß der oft vom brausenden Beifall unterbrochenen Ansprache wurde einer entsprechenden Entschließung an den Reichspräsidenten einmütig zugestimmt. Ein starker Posaunenchor der evangelischen Jünglings- und Männervereine der Umgegend begleitete die gemeinsamen Gesänge mit wuchtigen Akkorden. Die eindrucksvolle Kundgebung löste sichtlich eine starke Wirkung vaterländischen Empfindens aus, das in ähnlichen Veranstaltungen in deutschen Gauen lebendigen Widerhall finden möge. Der einheitliche deutsche Wille kann in seiner Gesamtheit eine bestimmende Wirkung auf die raublüsternen Pläne der zahlreichen Feinde im gegenwärtigen entscheidungsvollen Augenblick nicht verfehlen.

Kirche, Schule und Mission.

Eine starke, freie Schülerbewegung, nicht gezüchtet, sondern geworden, aus der Seele der Kinder selbst herausgeboren, ist die Bibelkreisbewegung (B.-K.) unter Schülern höherer Lehranstalten, die auf Grund eines neuesten Berichtes etwa 14 000 regelmäßige Teilnehmer in Deutschland zählt und ein Organ, den B.-K.-Boten, in einer Auflage von monatlich 12 500 Stück herausgibt, daneben noch ein illustriertes Schülerblatt: „Die Jugendkraft" verbreitet. In der Bewegung selbst haben sich nach den Landesteilen Verbände mit reger Entwicklungskraft gebildet. Acht Sekretäre stehen ihr zur Seite, die vor allem die großen gemeinsamen Unternehmungen, wie Ferienfahrten, Landheime, Herausgabe von Heften und Schriften leiten. Wir sind heute in der Gefahr, das Christentum als eine nicht schülergemäße Angelegenheit zu betrachten. Hier haben Tausende bereits mitten im Kriege die Probe bestanden. Tausend der Besten sind gefallen, ihre Briefe bilden ein Ehrendenkmal des christlichen Lebens und der religiösen Kraft, die in ihnen zu Worte kommt. 3000 waren im Felde und haben vorbildliches Leben zum großen Teil geführt.

Letzte Nachrichten.

Weitere deutsche Noten.

Aus Versailles wird berichtet:

Graf Brockdorff-Rantzau antwortete auf die Frage, ob irgend etwas seitens des Verbandes auf die deutschen Noten hin erfolgt sei, verneinend. Er teilte dann mit, daß noch am Sonnabend weitere Noten überreicht würden, so eine Note über das internationale Arbeiterrecht.

Ein weiteres Telegramm berichtet:

Am Sonnabend überreichte die deutsche Delegation in einer Note an die alliierten Regierenden den deutschen Entwurf für eine internationale Arbeitergesetzgebung. Sie schlägt vor, noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Länder, die den Friedensvertrag unterschreiben werden, nach Versailles zu berufen.

Gewerkschaftler nach Versailles berufen.

Um den Arbeitern die Mitwirkung an der Gestaltung über die Bestimmungen des internationalen Arbeiterrechts zu sichern, hält die deutsche Delegation es für notwendig, zur Beratung und Beschlußfassung Vertreter der Landesorganisationen und der Gewerkschaften zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

Die deutsche Delegation hält es für zweckmäßig, den Verhandlungen dieser Konferenz die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern vom 5. Februar 1919: Programm zur internationalen Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris zugrunde zu legen. Im Auftrag der Gewerkschaften Deutschlands ist ein Abzug der Beschlüsse beigefügt, die angenommen worden sind von Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Griechenlands, Kanadas, Norwegens, Oesterreichs, Schwedens, der Schweiz, Ungarns und Spaniens. — Legien ist von Versailles abgereist.

Der Gegenvorschlag.

Die in Versailles gebildeten fünf Kommissionen sind eifrig bei der Arbeit. Leiter der Kommissionen sind: Gesandter v. Haniel für die politisch-militärischen Angelegenheiten, v. Stockhammern für Wirtschaftliches, Melchion für Finanzen, Leinert für Soziales, Ministerialdirektor Simons für Rechtspolitisches. Die Beratungen sind sehr schwierig, da namentlich über die Fragen wirtschaftlicher Natur mit den im Friedensvertrage niedergelegten Anschauungen der Franzosen schwer zu rechten ist. Es hat sich ergeben, daß für die Antwort eine sichere Richtlinie festzuhalten ist, und es besteht die Hoffnung, daß der deutsche Gegenvorschlag in den Augen der Welt kein bedeutungsloses Blatt Papier sein wird. Ueber die Wirkung auf den Rat der Alliierten soll man sich aber keinen Illusionen hingeben. Auch der stärker und erbitterter werdende Ton der sozialistischen Presse Frankreichs wird auf Clemenceau wenig Eindruck machen. Proteste und Demonstrationen werden Clemenceau auf seinem Nachzug gegen Deutschland nicht aufhalten.

Einige Mitglieder der Friedensdelegation sind nach Berlin abgereist.

Der unverhüllte Kolonialraub.

Dem „Temps" zufolge ist man übereingekommen das künftige Schicksal Kameruns und Togos von England und Frankreich allein bestimmen zu lassen und zwar außerhalb des Mandatsystems. Frankreich bekommt von Kamerun fünf Sechstel, die mit seiner Nachbarkolonie vereinigt werden sollen! Damit wird in letzter Stunde der dünne Schleier, der über eine Annexion der Schutzgebiete durch Völkerbundsvertrag, in Gestalt der mit gewissen Bedingungen verknüpften Mandate, geworfen wurde, für einen erheblichen Teil des geraubten Besitzes fallen gelassen. Da schon nach dem Völkerbundsvertrag Südwestafrika und die Südseekolonien als integrierende Bestandteile den benachbarten englischen oder japanischen Gebieten angegliedert werden sollen, bleibt für das reine Mandatsystem nur noch Ostafrika übrig, und es ist abzuwarten, ob es auch hier überhaupt verwirklicht wird. Einstweilen hat sich England diese große Kolonie allein gesichert.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heisenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 1882 Hannover.

Alleinsteh. Person
findet bei guter Verpflegung freundliche
lebenslängliche Aufnahme
gegen einmalige Zahlung von 6000 Mk an.
Gustav Kraut, Runkelsteiner Mühle, Post Rod a. d. Weil, Taunus.

Welche Mattenfabrik
liefert gute
Binsenmatten?
Um baldige Nachricht bittet
A. Mühlenweg, Bielefeld,
Ed. Windhorststraße 36.



Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld
bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.
Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Sämereien
aller Art
für Garten und Feld
in größeren u. kleineren Mengen bieten wir für die bevorstehende Saatzeit an. Preisliste versenden wir gern auf Wunsch.
Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Arbeitsnachweis
auf dem Amte Gadderbaum, Eckardtsweg 12.
Geöffnet werktags von 10—12 Uhr.